

**Antrag 51/I/2024****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit, FA VIII - Soziale Stadt (Konsens)****Die Stadt denen, die dort wohnen: ein Stadterneuerungs- und Umwandlungsprogramm für geschlossene Kaufhäuser entwickeln**

- 1 <sup>12</sup>Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-  
2 Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert  
3 schnellstmöglich ein Förderprogramm zu entwickeln, das  
4 es Kommunen ermöglicht ehemalige innerstädtische  
5 Kaufhausimmobilien und -grundstücke, für die keine wei-  
6 tere Nutzung als Einzelhandelsstandort vorgesehen ist,  
7 zu übernehmen und für weitere, gemeinwohlorientier-  
8 te Zwecke umzuwandeln. Folgende Förderkriterien sollen  
9 bei einer solchen Umwandlung gelten:
- 10 • Die Immobilie geht in den Besitz der Kommune über,  
11 langfristige Nutzungen werden, wenn nötig, über  
12 Erbpacht-, bzw. Erbbauverträge geregelt. Kaufprei-  
13 se haben sich am Bodenrichtwert zu orientieren  
14 und spekulative Projekte zugunsten der Voreigentü-  
15 mer\*innen sind auszuschließen.
  - 16 • Das neue Konzept sieht eine gemeinwohlorientier-  
17 te Mischnutzung vor, z.B. aus sozialem Wohnraum,  
18 Einzelhandel und Kleingewerbe, Kunst-, Kultur-,  
19 Sport-, oder Bildungsangeboten, Gastronomie, Öko-  
20 logieprojekten, und offene Treffpunkte für zivilge-  
21 sellschaftliche Organisationen.
  - 22 • Die Mischnutzung soll generationenübergreifend,  
23 barrierefrei und ohne Konsumzwang gestaltet wer-  
24 den und vorhandene Angebote ergänzen und nicht  
25 lediglich ersetzen.
  - 26 • Sanierungen werden nach den höchsten gesetzli-  
27 chen ökologischen und sozialen Standards durch-  
28 geführt. Der Erhalt des Stadtbildes und die Inte-  
29 gration in die umliegende Infrastruktur sollen si-  
30 chergestellt werden. Neubauten sollen nur im Aus-  
31 nahmefall und nach denselben Standards durchge-  
32 führt werden. Versiegelte Flächen sollen, so weit,  
33 wie möglich, entsiegelt werden.
  - 34 • Eine Anbindung an den ÖPNV muss sichergestellt  
35 sein und es müssen ausreichend Stellflächen für  
36 den nicht-motorisierten Individualverkehr angebo-  
37 ten werden. Hierfür können bspw. Parkhäuser um-  
38 gebaut und umgewidmet werden.
  - 39 • Ehemalige Beschäftigte der Kaufhäuser soll eine  
40 Weiterbeschäftigung in den Trägern der neuen An-  
41 gebote durch Aus- und Weiterbildung zu mindes-  
42 tens gleichwertigen, tariflich gebundenen, Bedin-  
43 gungen ermöglicht werden. Ebenfalls soll eine akti-  
44 ve Ehrenamtsförderung betrieben werden.
- 45  
46 Gesetze und Verordnungen, die ein solches Förderpro-

47 gramm und entsprechende Projekte behindern könnten,  
48 werden angepasst. Ein Austausch mit den Verantwortli-  
49 chen auf Landes- und kommunaler Ebene für ein koordi-  
50 niertes Vorgehen wird sichergestellt.

---

1  
2